
8. Zusammenarbeit mit Osteuropa und den GUS-Staaten

Xavier Tschumi Canosa



Electronic version

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/849>

ISSN: 1663-9677

Publisher

Institut de hautes études internationales et du développement

Printed version

Date of publication: 1 avril 2001

Number of pages: 369-375

ISSN: 1660-5926

Electronic reference

Xavier Tschumi Canosa, « 8. Zusammenarbeit mit Osteuropa und den GUS-Staaten », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 20 | 2001, Online erschienen am: 02 September 2012, abgerufen am 19 April 2019. URL : <http://journals.openedition.org/sjep/849>

8. ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DEN GUS-STAATEN

DIE TECHNISCHE und finanzielle Zusammenarbeit mit den Oststaaten konzentriert sich immer mehr auf die südosteuropäischen Länder, auf Kosten der mitteleuropäischen Länder, deren wirtschaftliche Lage sich seit Anfang der 90er Jahre allgemein verbessert hat. Die DEZA hat zu Beginn des Jahres 2000 ein Koordinationsbüro in Tiflis (Georgien) und am 15. September 2000 ein weiteres in Kiew (Ukraine) eröffnet. 1999 betrugen die Aufwendungen der DEZA insgesamt über 70 Millionen Franken, wovon mehr als 30 Millionen Franken auf die öffentliche Entwicklungshilfe entfielen. Das seco brachte rund 97 Millionen Franken auf, davon rund 42 Millionen für die öffentliche Entwicklungshilfe. Die Jahreskonferenz über die Zusammenarbeit mit Osteuropa hatte die Arbeit der Schweiz in Bosnien-Herzegowina seit den Dayton-Abkommen von 1995 zum Schwerpunktthema.

8.1. RECHTSGRUNDLAGEN FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ MIT OSTEUROPA UND DER GUS

Die rechtliche Grundlage für die Ostzusammenarbeit der Schweiz ist der 1995 verabschiedete und 1998 für eine Laufzeit von zehn Jahren in Kraft getretene, allgemein verbindliche Bundesbeschluss über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas. Der Beschluss setzt die Hauptziele dieser Zusammenarbeit wie folgt fest:

- ❑ Förderung einer den Grundsätzen der Marktwirtschaft entsprechenden, nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung;
- ❑ Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte sowie Aufbau oder Konsolidierung des demokratischen Systems;
- ❑ Umweltschutz und rationelle Nutzung der natürlichen Ressourcen;
- ❑ Modernisierung der Infrastruktur.

Der Bundesbeschluss sieht ferner die Bedingungen für den Beginn der Zusammenarbeit und deren teilweise oder gänzliche Einstellung vor. Die Bedingungen beziehen sich auf die oben aufgeführten Ziele und betreffen im Wesentlichen den politischen und wirtschaftlichen Bereich.

Die Finanzmittel für die schweizerische Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS sind in mehrjährigen Rahmenkrediten vorgesehen (diese wurden im JSDW 1999, S. 258–259 vorgestellt). Die Ausgaben werden vom Parlament bei den jährlichen Diskussionen über das Bundesbudget beschlossen. Der dritte Rahmenkredit wurde 1999 in Betrieb genommen und sollte je nach den jährlichen Budgetbeschlüssen des Parlaments die Projekte der Ostzusammenarbeit mindestens bis zum Jahr 2003 decken. Jeder Rahmenkredit wird von einer Botschaft des Bundesrates begleitet, in der die Ausrichtungen der Zusammenarbeit vor allem in ihren technischen und finanziellen Komponenten, wie auch betreffend

die Kreditgarantien beschrieben werden. Die letzte, 1998 unterbreitete Botschaft sah vor, dass das Jahr 2000 ein Wendepunkt sein würde zwischen dem Abschluss einer Reihe bedeutender Projekte in Mitteleuropa (Polen, Tschechische Republik, Ungarn und Slowakei) einerseits und einer stärkeren Konzentration der Zusammenarbeit in den Staaten Südosteuropas und der GUS andererseits (zur Analyse der Botschaft und des Rahmenkredits siehe JSDW 2000, S. 350-353).

In der Bundesverwaltung sind vor allem zwei Ämter für die Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS zuständig:

- die DEZA, die sich besonders mit der technischen Zusammenarbeit befasst,
- das seco, das sich mehr mit der finanziellen Zusammenarbeit befasst.

Jedes dieser beiden Bundesämter hat seine eigenen Kompetenzen, sowohl für die technische als auch für die finanzielle Zusammenarbeit (die DEZA im politischen und sozialen Bereich, das seco im wirtschaftlichen Bereich). In den übrigen Bereichen, insbesondere im Umweltsektor (biologische Vielfalt, Umweltverschmutzung, Energie, Transport) ist die DEZA für die technische Zusammenarbeit bis zu einem Betrag von 1,5 Millionen Franken an Investitionsgütern zuständig, und das seco ist für die finanzielle Zusammenarbeit über diese Summe hinaus zuständig.

Die bilaterale Hilfe für die Länder Osteuropas und der GUS kann in zwei grosse Gruppen aufgeteilt werden:

- Aufwendungen für Länder, die vom Entwicklungshilfesausschuss der OECD (DAC) als Entwicklungsländer betrachtet werden (Länder von Teil I der DAC-Liste) und die im Aggregat «öffentliche Entwicklungshilfe» aufgeführt werden;
- Aufwendungen für Länder, die vom DAC nicht als Entwicklungsländer betrachtet werden (Länder von Teil II der DAC-Liste) und die im Aggregat «öffentliche Hilfe» aufgeführt werden.

8.2. INSTRUMENTE DER ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DER GUS

Die Zusammenarbeit mit den Oststaaten umfasst vor allem die technische und die finanzielle Zusammenarbeit; hinzu kommt die humanitäre Hilfe.

📖 JSDW 2001, Kapitel 9, Humanitäre Hilfe.

□ *Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der DEZA*

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der DEZA, auch technische Zusammenarbeit genannt, umfasst – im Rahmen von mit den Empfängerländern gemeinsam ausgearbeiteten Projekten – hauptsächlich die Beratung und Ausbildung durch Experten, den Technologietransfer sowie die Entwicklung von wissenschaftlichen und institutionellen Netzwerken.

Die DEZA verfolgt eine Politik der Konzentration ihrer bilateralen Hilfe in den Ländern des Südens (vgl. Kapitel 7 der Jahresübersicht), wie auch in den Ländern Osteuropas und der GUS. Unter den Oststaaten hat die DEZA zehn Schwerpunktländer festgelegt (Stand vom 19. Dezember 2000). Davon gehören sechs Länder dem Teil I der DAC-Liste (als Entwicklungsländer betrachtete Länder) an, nämlich Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kirgistan, Kosovo, Mazedonien

und Tadschikistan. Die übrigen vier Staaten (Bulgarien, Rumänien, Russland und Ukraine) sind Transitionsländer und gehören dem Teil II der DAC-Liste an. Einige dieser Staaten sind auch Interventionsländer des seco.

Seit November 1999 ist ein Koordinationsbüro der DEZA und des seco in Kiew in der Ukraine (in einem Hotel) operationell, jedoch wurden die endgültigen Büroräume erst am 15. September 2000 offiziell eröffnet. Die Programme umfassen vor allem die Wiedereingliederung ehemaliger Deportierter nach ihrer Rückkehr von der Krim, die Ausbildung von Arbeitslosen, die Schulung von Bankkadern und ein Pilotprojekt für nukleare Sicherheit. Ferner ist vorgesehen, ein Medienprojekt zur Unterstützung der Zivilgesellschaft auszuarbeiten und Naturkatastrophen in Transkarpatien zu verhüten.

Als Ersatz für ihr lokales Büro für humanitäre Hilfe hat die DEZA Anfang des Jahres 2000 ein Koordinationsbüro in Tiflis (Georgien) eröffnet. Obwohl die Konflikte noch nicht beigelegt sind, erlaubt die Situation es der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit dennoch, ihre Arbeit – insbesondere durch die Unterstützung grenzüberschreitender Aktivitäten – aufzunehmen.

Institut für Film, Fernsehen und Multimedien, Vorbereitungsphase

Ziel dieses kulturellen Projekts ist die Gründung eines Instituts für Film, Fernsehen und Multimedien, das zu einem regionalen Ausbildungszentrum für Film- und Medienschaffende aus Georgien, Armenien und Aserbaidschan wird. Die Ausbildungsstätte soll auf der Basis des bereits existierenden staatlichen Instituts für Film in Tiflis entstehen. Das Projekt weitet die Tätigkeiten des Instituts auf den Fernseh- und Multimediabereich aus und sichert ihm sein Überleben. Die Vorbereitungsphase hat drei Hauptziele:

- ❑ Ein Team, bestehend aus Lehrkräften des Film Instituts und einem Berater aus der Schweiz, erarbeitet ein Unterrichtskonzept und einen Lehrplan.
- ❑ Die Kontakte zwischen den Behörden der drei beteiligten Staaten sowie unter den Ausbildungsstätten, Filmemachern und interessierten Fernsehstationen werden angeregt und vertieft.
- ❑ Das Institut erhält materielle Unterstützung (neue Technologien). Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage in Georgien wurde das staatliche Institut für Film in den letzten Jahren stark vernachlässigt. Die Unterrichtsräume sind in einem erbärmlichen Zustand, und es gibt beispielsweise nicht genügend Filmbänder, damit die Studierenden ihre Diplomfilme zu Ende drehen können.

Verpflichtung der DEZA:

- ❑ Kredit in Höhe von 160'000 Franken, mit Zusatzkredit von 20'000 Franken.
- ❑ Projektdauer: Januar bis August 2000.

Quelle: DEZA, *Eine Dokumentation über die Projekte der technischen Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten und den Staaten der GUS*, Bern, September 2000, S. 50.

Regional waren die Verpflichtungen der DEZA für die bilaterale Zusammenarbeit 1999 in ziemlich ausgeglichener Weise unter den Ländern Mitteleuropas (30%), Südosteuropas (33%) und der GUS (37%) aufgeteilt. Die effektiven Auszahlungen für 1999 zeigen nichtsdestoweniger eine Tendenz an zur Verschiebung der Schwerpunktgebiete von Mitteleuropa nach Südosteuropa (52%, gegenüber 17% für Mitteleuropa, vgl. Tabelle XX). Dies entspricht der Ausrichtung der Strategie 1999 für Zusammenarbeit, die mindestens drei Jahre lang anwendbar ist.

Sektoriell waren die Verpflichtungen der DEZA für die technische Zusammenarbeit 1999 für folgende Bereiche bestimmt: Politik und Staatsaufbau (30%), Wirtschaft und Bildung (16%), Wissenschaft und Kultur (15%), Landwirtschaft (14%), Gesundheit und Soziales (13%) sowie Energie und Umwelt (11%).

□ *Finanzielle Entwicklungszusammenarbeit des seco*

Regional waren die Verpflichtungen für die finanzielle Zusammenarbeit des seco 1999 zu 44% auf Mitteleuropa, zu 30% auf Südosteuropa und zu 26% auf die GUS-Staaten konzentriert. Im Vergleich zu diesen Anteilen ist die Tendenz, die Hilfe auf Südosteuropa (44%) statt auf Mitteleuropa (20%) und die GUS-Staaten (17%) zu konzentrieren, bei den effektiven Auszahlungen für 1999 deutlich erkennbar.

Die vier Instrumente der finanziellen Zusammenarbeit des seco sind folgende:

- Die *nicht rückzahlbaren Finanzierungsbeiträge* sind zur Unterstützung von dringlichen Projekten bestimmt, für die ein Engagement der Privatwirtschaft nicht in Frage kommt, bei denen die Schweiz aber über technologische und finanzielle Vorteile verfügt. Diese Projekte werden entweder bilateral oder in Kofinanzierung mit internationalen Institutionen wie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) durchgeführt. Die finanziellen Verpflichtungen für dieses Instrument waren 1999 hauptsächlich auf die Bereiche Umwelt (30%), Energie (19%) und Gesundheit (16%) aufgeteilt. Die Auszahlungen für die Finanzierungsbeiträge machten 1999 65% aller Aufwendungen für finanzielle Zusammenarbeit aus.
- Die *Kreditgarantien* erlauben es Ländern, denen die ERG nicht oder nur teilweise gewährt wird, die für ihre Entwicklung notwendigen Investitionsgüter zu importieren. Die maximalen finanziellen Verpflichtungen für Kreditgarantien entfielen 1999 vor allem auf die Maschinenindustrie (41%), die Energie (16%) und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (11%). 1999 mussten diese Garantien nicht in Anspruch genommen werden, vornehmlich, weil die Länder immer mehr über die ERG verfügen können. Somit erfolgten in jenem Jahr keine Auszahlungen für Kreditgarantien.
- Die *Zahlungsbilanzhilfen* oder die *Entschuldungsmassnahmen* sind vor allem dazu bestimmt, die Umwandlung der Volkswirtschaften in den Ländern Osteuropas und der GUS zu fördern. Diese seit 1990 eingesetzten Instrumente haben allmählich an Bedeutung verloren, sie werden aber beibehalten, um den ärmsten Ländern der Region zu helfen, und werden auch für die Debt for Nature Swaps eingesetzt. Die Auszahlungen für Zahlungsbilanzhilfen und Entschuldungsaktionen machten 1999 11% aller Aufwendungen für finanzielle Zusammenarbeit aus.
- Die *Handelsförderung* strebt eine bessere Integration der Länder Osteuropas und der GUS in den Welthandel durch die Stärkung ihrer Exportkapazität an. Die *Investitionsförderung* zielt ihrerseits darauf ab, die privaten Direktinvestitionen von Schweizer KMU in den Oststaaten zu fördern. Bei diesen Instrumenten greift nicht nur das seco ein, sondern auch von ihm initiierte private Institutionen wie die SOFI und die SDFC (vgl. JSDW 2001, Dossier im Teil Analysen und Stellungnahmen) sowie internationale Institutionen wie die EBWE. Die Auszahlungen für Handels- und Investitionsförderung machten 1999 24% aller Aufwendungen für finanzielle Zusammenarbeit aus.

□ Multilaterale Hilfe

Die multilaterale Hilfe und die internationale Zusammenarbeit der Schweiz zugunsten Osteuropas und der GUS laufen im Wesentlichen über die EBWE, die Weltbank und den IWF. Die Schweiz ist Mitglied dieser drei Institutionen und führt eine Stimmrechtsgruppe im Verwaltungsrat jeder Institution an. Sie beteiligt sich an ihren Aktivitäten durch Kofinanzierungen, bestimmte Projekte technischer Zusammenarbeit oder durch Beiträge an Fonds zur Unterstützung von Investitionen in spezifischen Bereichen (zum Beispiel im Nuklear- und Umweltsektor). Zudem nimmt sie an Treuhandfonds teil, die zur Deckung der Kosten für Studien und Gutachten dienen, welche von Schweizer Büros vor der Realisierung der Projekte durchgeführt werden.

1999 hat die Schweiz der EBWE 6,5 Millionen Franken im Rahmen ihrer multilateralen Entwicklungszusammenarbeit für die Länder Osteuropas und der GUS gezahlt. Diese Zahlung fällt unter das Aggregat «öffentliche Hilfe» und kann nicht als öffentliche Entwicklungshilfe verbucht werden.

Schliesslich sei noch vermerkt, dass die EBWE immer mehr Entwicklungsprojekte durchführt, wogegen sie vor 1999 eher eine Investitionsbank war¹. Seitdem hat sie auch wieder einen Überschusshaushalt verzeichnet, nach der russischen Finanzkrise, die sie in die roten Zahlen gestürzt hatte.

8.3. ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT FÜR DIE OSTSTAATEN 1999

Die Aufwendungen der DEZA für die Länder Osteuropas und der GUS beliefen sich 1999 auf 70,1 Millionen Franken, davon entfielen 30,1 Millionen auf die öffentliche Entwicklungshilfe und der übrige Betrag auf die öffentliche Hilfe. Das seco hat 1999 96,8 Millionen Franken aufgebracht, davon 41,7 Millionen für öffentliche Entwicklungshilfe und der Rest für öffentliche Hilfe.

Regional bestätigt sich der Trend zur Konzentration der Hilfe auf die südosteuropäischen Staaten (47% der gesamten Zusammenarbeit, ohne humanitäre Hilfe). Die Hilfe für die mitteleuropäischen Länder geht zurück (19% der gesamten Zusammenarbeit, ohne humanitäre Hilfe). Ungarn, das beispielsweise 1998 noch rund 14 Millionen Franken erhalten hatte, erhielt 1999 keine Hilfe mehr. Die Aufwendungen für die GUS-Staaten machen 21% der gesamten Zusammenarbeit, ohne humanitäre Hilfe, aus.

Tabelle 22: Internationale Zusammenarbeit der Schweiz mit Osteuropa und den GUS-Staaten – Auszahlungen 1999 nach Ländern (in Millionen Franken)

Land	Technische Zusammenarbeit	%	Finanzielle Zusammenarbeit	%	Ins-gesamt	%
Mitteuropa/balt. Staaten	11.9	17 %	19.5	21 %	31.4	19 %
Litauen			4.0		4.0	
Polen	0.2				0.2	
Slowakei	0.2		5.0		5.2	
Tschechische Republik			0.2		0.2	
Regionalprojekte	11.5		10.3		21.8	

1. *Neue Zürcher Zeitung*, «Osteuropa-Bank kehrt in die Gewinnzone zurück», 9. März 2000, S. 23.

Südosteuropa	36.1	52 %	42.3	44 %	78.4	47 %
Albanien*	5.5		5.4		10.9	
Bosnien/Herzegowina*	5.2		15.7		20.9	
Bulgarien	9.3		7.0		16.3	
Kroatien*	0.5				0.5	
Mazedonien*	5.8				5.8	
Rumänien	9.2		2.8		12.0	
Staaten Ex-Jugoslawiens			3.4		3.4	
Regionalprojekte	0.6		8.0		8.6	
GUS	19.8	28 %	16.0	17 %	35.8	21 %
Aserbaidtschan*			0.1		0.1	
Georgien*	0.4		0.3		0.7	
Kirgistan*	7.0		1.2		8.2	
Moldawien*			1.3		1.3	
Russland	7.1		5.3		12.4	
Tadschikistan*	1.5				1.5	
Ukraine	2.0		6.0		8.0	
Usbekistan/Kasachstan*	0.1		0.9		1.0	
Weissrussland	0.1		0.1		0.2	
Regionalprojekte	1.6		0.8		2.4	
Nicht aufgeschlüsselt	2.3	3 %	19.0	20 %	21.3	13 %
Gesamtbetrag	70.1	42 %	96.8	58 %	166.9	100 %
Davon: öffentliche Osthilfe	40.0		55.1		94.7	
In der öffentlichen Entwicklungshilfe enthaltene Auszahlungen	30.1		41.7		50.9	

Quelle: DEZA/BAWI. Internationale Zusammenarbeit der Schweiz, Jahresbericht 1998.

Gemäss einer Konjunkturstudie² hat sich die Wirtschaftslage in einer Reihe von Transitionsländern zwischen 1999 und 2000 deutlich verbessert, vor allem wegen der ausländischen Direktinvestitionen: Polen, Ungarn, die Tschechische Republik oder die Slowakei gehören zu diesen Ländern, wie auch Slowenien. Die wirtschaftlichen Ergebnisse der baltischen Staaten sind differenziert: Estland und Lettland verzeichnen gute Resultate, während Litauen weiterhin an den Folgen der russischen Finanzkrise zu leiden hat. Hingegen hat sich die Konjunkturlage in Russland im ersten Halbjahr 2000 verbessert. Diese positive Entwicklung darf jedoch nicht die institutionelle Schwäche und die Korruption verbergen, die in diesen Ländern (mit Ausnahme Ungarns vielleicht) noch herrscht. Die Aufwendungen der Schweiz für Osteuropa und die GUS-Staaten machten 1998 (die Zahlen für 1999 sind noch nicht erhältlich) rund 0,03% des Bruttonationalprodukts, d.h. 76 Millionen Dollar, aus³. Im internationalen Vergleich unter den DAC-Ländern kommt dieser Anteil demjenigen Deutschlands, Belgiens, Grossbritanniens, Kanadas, der Niederlande oder der Vereinigten Staaten gleich. Österreich steht mit 0,09% des BSP an der Spitze. Japan und Spanien bringen einen geringfügigen Anteil ihres BSP auf, wie auch Australien, Neuseeland, Irland, Griechenland, die Türkei und Island. In absoluten Beträgen bringen die USA die grösste Summe (über 2,7 Milliarden Dollar) auf, gefolgt von Frankreich (über 820 Millionen Dollar).

2. *Neue Zürcher Zeitung*, «Deutliche Aufhellung der Wirtschaftslage in den Transformationsländern», 30. August 2000, S. 21.
3. OCDE, *Les dossiers du CAD. Coopération pour le développement. Rapport 1999, 2000*, vol. 1, Nr. 1, S. 269.

□ Jahreskonferenz für die Zusammenarbeit mit Osteuropa

Am 7. November 2000 fand die fünfte Jahreskonferenz über die Zusammenarbeit der Eidgenossenschaft mit Osteuropa und der GUS statt, die gemeinsam von der DEZA und vom seco organisiert wurde. Das Thema war: «Fünf Jahre nach Dayton: Bosnien und Herzegowina – Was tut die Schweiz?» In verschiedenen allgemeinen Präsentationen wurde die gegenwärtige Lage in Bosnien und Herzegowina vom Standpunkt der Schweiz, wie auch aus der Sicht der bosnischen Behörden beschrieben. In einem der sechs Workshops, die im Konferenzprogramm vorgesehen waren, wurde das schweizerische Unterstützungsprogramm in Bosnien und Herzegowina im Einzelnen vorgestellt. Ziel des Programms ist der Aufbau einer aktiven Demokratie mit einer sozial gerechten Marktwirtschaft und einem gefestigten Rechtsstaat. Es handelt sich somit um ein langfristig angelegtes Programm, denn es geht darum: erstens die noch im Planungssystem verhafteten Mentalitäten zu ändern, zweitens den Versöhnungsprozess zwischen den ehemaligen Feinden fortzusetzen, um zu einem friedlichen Zusammenleben zu gelangen, und drittens die wirtschaftliche Erholung zu ermöglichen, damit sie die internationale Hilfe ersetzen kann. Im transversalen Ansatz berücksichtigt das Schweizer Programm die Komplementarität zwischen Männern und Frauen wie auch die Jugendlichen. Die Tätigkeitsfelder des Programms konzentrieren sich (vor allem auf Kommunalebene) auf die Infrastruktur (besonders Wasser), den Demokratisierungsprozess (Partizipation der Zivilgesellschaft), das Gesundheitswesen und die Wiederherstellung der Sozialnetze sowie auf die Förderung des Privatsektors (KMU). Zuletzt sei erwähnt, dass die Gelbmützen der Schweizer Kompanie (Swisscoy) Ende des Jahres 2000 ihren Einsatz in Bosnien und Herzegowina abschliessen.

QUELLEN

Bundesrat, *Botschaft über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit Osteuropa und den Staaten der GUS*, vom 19. August 1998, *Bundesblatt* Nr. 44, 10. November 1998, S. 4989–5050 (Botschaft Nr. 98.049).

DEZA, seco, *Die Schweiz, Osteuropa und die GUS. Eine Dokumentation zum Unterstützungsprogramm des Bundes für die osteuropäischen Staaten und die Staaten der GUS*, Bern, 1999/2000, 36 S.

DEZA, seco, *Internationale Zusammenarbeit der Schweiz. Jahresbericht 1999. Zusammenarbeit mit Osteuropa*, Bern, 16 S.

DEZA, *Eine Dokumentation über die Projekte der technischen Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten und den Staaten der GUS*, Bern, Juni 2000, 76 S.

DEZA, *Newsletter*, Bern, Nr. 1 (Februar 2000), Nr. 3 (Juni 2000), 4 S.

ADRESSEN UND INTERNET-ADRESSEN

seco (Staatssekretariat für Wirtschaft): Leistungszentrum Entwicklung und Transition, Effingerstr. 1–3, 3003 Bern, www.seco-admin.ch

DEZA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit): Abteilung Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS, Freiburgstr. 130, 3003 Bern, www.deza.admin.ch

EBWE (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung): www.ebrd.org

OECD: www.oecd.org – (Entwicklungshilfesausschuss DAC: www.oecd.org/dac/)